

*Dr. Hartwig Hummel*

# **"Monicagate: Die Clinton-Lewinsky-Affäre und das politische System der USA"**

*Vortrag an der Universität Trier, 07. Januar 1999*

## **1. Politische Skandale**

### **2. Die Clinton-Lewinsky-Affäre**

- 2.1 "Conservative revolution" - Der historische Kontext
- 2.2 Clintons Affären
- 2.3 Die Ermittlungen von Kenneth Starr
- 2.4 Die öffentliche Debatte in den USA
- 2.5 Das Impeachment-Verfahren

### **3. Analyse**

- 3.1 "Checks and balances": Machtkampf und politische Institutionen
- 3.2 "Moral majority": Legitimation und politische Moral

### **4. Fazit: Vom Clinton-Skandal zum Skandal der Republikaner**

## 1. Politische Skandale

In der Politikwissenschaft wird das Thema "politischer Skandal" meist ausgespart, wie bereits ein Blick in die einschlägigen Handbücher und Lexika zeigt. Der Eindruck entsteht, daß politische Skandale als unseriös und anormal gelten, als vordergründige Ärgernisse, als vernachlässigbare Randphänomene, bestenfalls tauglich für amüsante Anekdoten. Meines Erachtens sollte sich die Politikwissenschaft aber diesem Thema nicht verschließen. Wie wichtig Skandale sein können, zeigt nicht zuletzt die Clinton-Lewinsky-Affäre, die derzeit die Innen- und Außenpolitik der Weltmacht USA überschattet und die nachfolgend exemplarisch analysiert werden soll. Wer den Verlauf der Kongreßwahlen im November 1998 oder die Bombardierungen des Sudan oder des Irak durch US-Streitkräfte verstehen will, muß sich auch mit diesem Skandal befassen. Ganz allgemein - und hier stimme ich Michel Foucault und anderen Vertretern postmoderner Ansätze zu - ermöglicht gerade die Analyse politischer Ausnahme-, Krisen- und Randphänomene, zu denen auch Skandale zu rechnen sind, einen tiefen Einblick in die politische und moralische Verfassung politischer Systeme.

Einen guten Einstieg in die Skandalanalyse bietet die Lektüre des Sammelbandes "Anatomie des politischen Skandals", der von den beiden politischen Soziologen Rolf Ebbighausen und Sighard Neckel herausgegeben wurde. In der Einleitung bringen die beiden Herausgeber das Wesen des politischen Skandals auf den Punkt und schreiben:

"In Skandalen dokumentieren sich ... Grundprobleme politischer Macht, die sich ... überall dort einstellen, wo **Macht an Normen gebunden** und **zwischen Parteien umstritten** ist."<sup>1</sup>

Politische Skandale verweisen auf die moralisch-ethische Dimension der Politik. Notwendige Voraussetzung von politischen Skandalen ist eine skandalisierbare Verletzung von Verhaltensnormen, die für ein bestimmtes politisches Kollektiv und für einen bestimmten politischen Kontext verbindlich sind. Gerade die Skandale machen die Existenz solcher Normen deutlich.

---

1 Ebbighausen, Rolf / Neckel, Sighard: "Einleitung", in: dies. (Hg.): "Anatomie des politischen Skandals", Frankfurt a.M., 1989, 7-14, S.11.

Doch nicht jede Verletzung politischer Verhaltensnormen führen zum Skandal. Politische Skandale sind an Machtkonflikte gebunden. Sie betreffen diejenigen, die politische Macht haben, nicht aber die Normalbürgerinnen und -bürger. Eine Regelverletzung der Machthaber wird nach Ansicht der beiden US-amerikanischen Skandalforscher Andrei S. Markovits und Mark Silverstein<sup>2</sup> dann zum Skandal, wenn die Gegenpartei in einem politischen Konflikt die Regelverstöße der Machthaber aufdeckt bzw. anprangert und wenn dadurch das Interesse der Öffentlichkeit geweckt wird. Markovitz und Silverstein ziehen daraus folgenden Schluß: Weil politische Skandale die normative Legitimation politischer Macht erfordern, weil sie die Akzeptanz politischer Machtkonkurrenz voraussetzen und weil sie einer effektiven politischen Öffentlichkeit bedürfen, sind sie an liberaldemokratische politische Systeme gebunden. In autoritären System gibt es Intrigen und Schauprozesse, aber keine politischen Skandale. Das Fehlen politischer Skandale sagt wenig über die Qualität des politischen Personals aus, sondern belegt vielmehr das Fehlen der Öffentlichkeit und der akzeptierten Machtkonkurrenz.

Vor diesem theoretischen Hintergrund ermöglicht die Erforschung von Skandalen einen guten Einblick sowohl in die normativen Grundlagen eines politischen Systems als auch in dessen politische Kräftekonstellation. Ebbighausen und Neckel zufolge hat sich für die Rekonstruktion des Skandalverlaufs folgendes Schema als nützlich erwiesen:

Phase 1: Die politische Normalität wird durch die Regelverletzung eines Machthabers gestört. Dieser versucht, die Regelverletzung geheimzuhalten.

Phase 2: Das Geheimnis wird gelüftet. Ein "Saubermann", der als Anwalt des öffentlichen Interesses auftritt, deckt den Skandal auf und versucht, ihn zu einem Thema der öffentlichen Auseinandersetzung zu machen.

Phase 3: Die politische Öffentlichkeit greift den Skandal auf. Sie setzt sich damit auseinander, welche Regeln verletzt wurden und wie die Regelverletzungen zu ahnden sind. Der Beschuldigte versucht, die Ausweitung des Skandals durch Leugnung, Vertuschung, Rechtfertigung, Entschuldigung oder Delegation der Verantwortung zu bremsen; die Vertreter der Gegenseite

---

2 Markovits, Andrei S./ Silverstein, Mark: Macht und Verfahren. Die Geburt des politischen Skandals aus der Widersprüchlichkeit liberaler Demokratien, in: Ebbighausen, Rolf/ Neckel, Sighard (Hg.): "Anatomie des politischen Skandals", Frankfurt a.M., 1989, 151-170, S. 161.

können versuchen, den Skandal durch weitere Enthüllungen auszudehnen. Sie dürfen aber den Bogen nicht überspannen, um die eigenen Glaubwürdigkeit als Anwälte des öffentlichen Interesses nicht zu verlieren.

Phase 4: Der Skandal wird beendet, indem die Regelverletzung öffentlich geahndet und durch diese Sanktionierung die Geltung der Regeln bekräftigt wird. Dies kann beispielsweise durch Rücktritt, Bestrafung, Wiedergutmachung, durch ein öffentliches Ritual oder institutionelle Reformen geschehen.

## 2. Die Clinton-Lewinsky-Affäre

### Chronologie

ab 94	Starr-Ermittlungen gegen Clinton
ab 94	Paula Jones verklagt Clinton wegen sexueller Belästigung
11/95 bis 5/97	Affäre Clintons mit Lewinsky
1/98	Im Jones-Verfahren bestreiten Lewinsky und Clinton sexuelle Beziehung
1/98	Starr dehnt Ermittlungen auf Lewinsky-Affäre aus
8/98	Clinton gesteht " <i>improper relationship</i> " mit Lewinsky
9/98	Starr-Bericht
11/98	Wahlverluste der Republikaner
11/98	Repräsentantenhaus eröffnet Impeachment-Verfahren (258-176)

### 2.1 "Conservative revolution" - Der historische Kontext

Damit können wir uns nun der Clinton-Lewinsky-Affäre zuwenden. Ihre Ursprünge gehen bis ins Jahre 1994 zurück. Der Kongreß setzte in diesem Jahr einen Sonderermittler ein, der gesetzliche und politische Verfehlungen Präsident Clintons in der sogenannten "Whitewater-Affäre" untersuchen sollte, bei der es um die Verwendung öffentlicher Gelder in einem privaten Immobiliengeschäft während Clintons Amtszeit als Gouverneur von Arkansas ging. Kenneth Starr löste im August 1994 den zunächst eingesetzten Ermittler ab. 1994 verklagte außerdem Paula Jones, eine Staatsangestellte aus Arkansas, Präsident Clinton wegen sexueller Belästigung vor einem Zivilgericht.

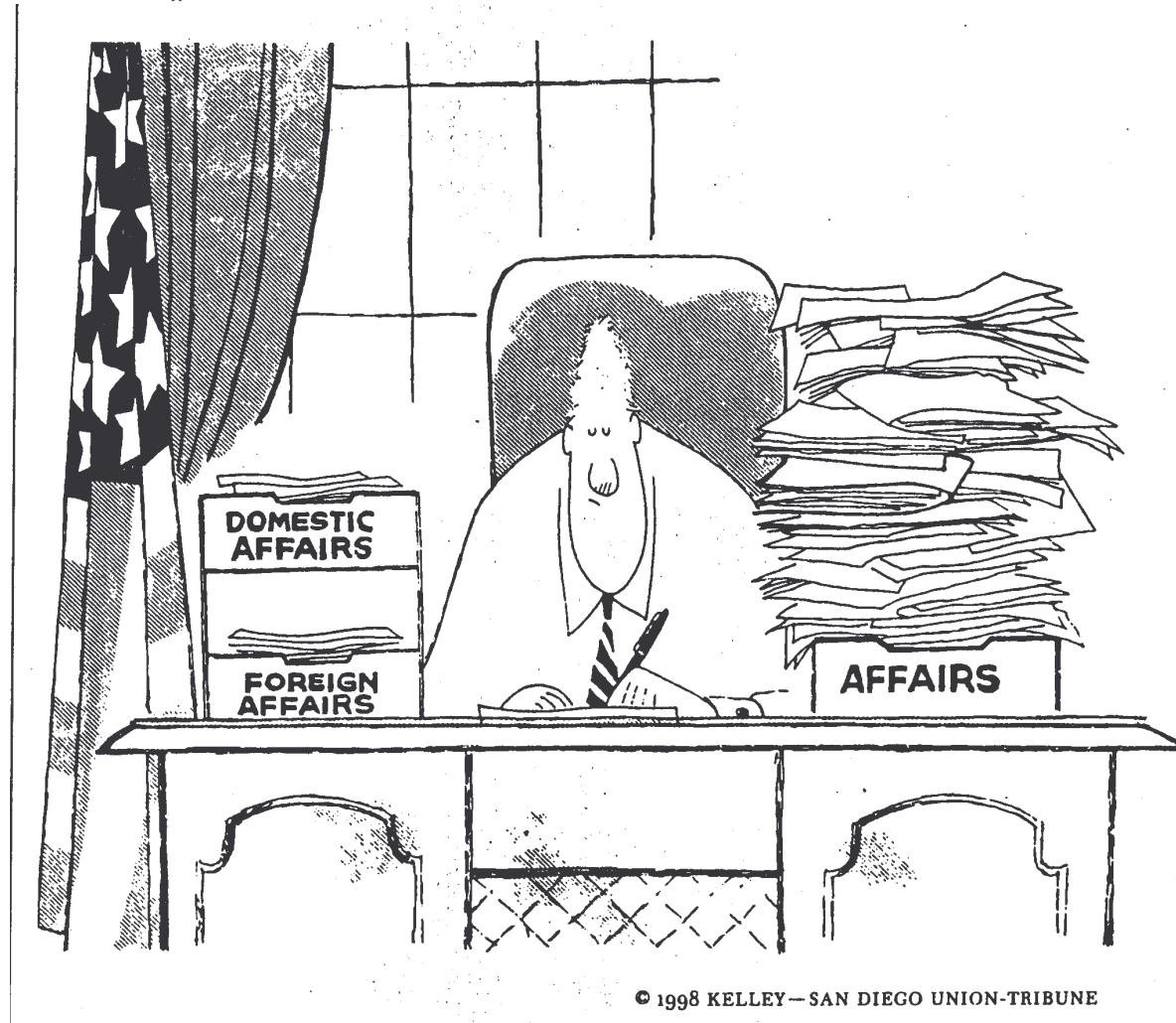
Im November 1994 errangen die Republikaner bei den Parlamentswahlen einen erdrutschartigen Wahlsieg und eroberten erstmals wieder seit den 1950er Jahren die Mehrheit in beiden Häusern des Kongreß. Sie hatten diesen Wahlsieg nicht zuletzt der massiven Unterstützung durch christlich-konservative Gruppen zu verdanken. Newt Gingrich, der politische Führer der Republikaner und Sprecher des Repräsentantenhauses, proklamierte daraufhin die "conservative revolution". Unter seiner Regie verabschiedete der Kongreß eine Reihe einschneidender Gesetze zum Abbau des Sozialstaats, zur Reform der politischen Institutionen des Bundes, zur Senkung der Steuern und zum Ausgleich des Haushalts. Präsident Clinton, der zunächst als politisch eher blaß angesehen wurde, gewann durch seinen energischen Widerstand gegen die "conservative revolution" zunehmend an politischer Statur.

## **2.2 Clintons Affären**

Die Suche nach finanziellen Verfehlungen Clintons in der Whitewater-Affäre schlug auf die Republikaner zurück, als Ende 1995 finanzielle Unregelmäßigkeiten von Gingrich im Zusammenhang mit TV-Vorlesungen für ein College bekannt wurden, Gingrich mußte sich öffentlich entschuldigen und erhielt eine offizielle Rüge von Repräsentantenhaus. Nach der Vernehmung von Hillary Clinton Anfang 1996 endeten die Ermittlungen in der Whitewater-Affäre vorläufig, ohne daß Clinton eine Verfehlung nachgewiesen werden konnte. Starr dehnte daraufhin seine Untersuchungen aus und ermittelte nun u.a. wegen Unregelmäßigkeiten in der Reisestelle des Weißen Hauses ("Travelgate") und wegen des Auftauchens von Personalakten des FBI über führende republikanische Politiker im Weißen Haus ("Filegate").

Clinton, der als junger demokratischer Präsident gerne mit John F. Kennedy verglichen wird, teilt auch dessen Vorlieben für Frauen. Er begann im Ende 1995 eine sexuelle Affäre mit Monica Lewinsky, einer Praktikantin im Weißen Haus und im Pentagon. Die Affäre hielt bis zum Frühjahr 1997 an.

## Karikatur: „Political Affairs“



Im Mai 1997 entschied der Supreme Court, daß das von Paula Jones angestrebte Zivilverfahren gegen Clinton schon während dessen Amtszeit als Präsident durchgeführt werden könne. Die Anwälte von Paula Jones mußten nun Clinton ein Verhaltensmuster nachweisen, um eine sexuelle Belästigung plausibel zu machen. Sie stießen bei ihren Recherchen auf Gerüchte über eine Affäre mit Monica Lewinsky. Diese erhielt im Dezember 1997 eine gerichtliche Vorladung zur Aussage. Daraufhin wandte sie sich an Clinton, bat ihn um Rat und gab kompromittierende Geschenke zurück. Im Januar 1998 sagten Lewinsky und Clinton im Jones-Verfahren uner Eid vertraulich aus, sie hätten keine sexuelle Beziehung zueinander gehabt. Clinton betrachtete dabei seine Sexualpraktiken mit Monica Lewinsky offenbar nicht als sexuelle Beziehung im juristischen Sinne.

## 2.3 Die Ermittlungen von Kenneth Starr

Kenneth Starr erfuhr durch Linda Tripp, eine mit Monica Lewinskys befreundete Angestellte des Pentagon, von diesem Fall und dehnte daraufhin seine Ermittlungen auf Meineid, Anstiftung zum Meineid und Behinderung der Justiz im Falle Lewinsky aus. Am 21. Januar 1998 gelangten Informationen über diese Ermittlungen an die Presse - der "Monicagate"-Skandal hatte begonnen.

Clinton bestritt mehrfach öffentlich eine sexuelle Beziehung mit Monica Lewinsky. Auch Monica Lewinsky blieb bei ihrer Aussage. Kenneth Starr ermittelte in den folgenden Monaten unter den engsten Mitarbeitern des Präsidenten, um Clinton durch Indizien und Zeugenaussagen zu überführen.

Im Februar 1998 wies das Gericht im Jones-Verfahren die Aussagen von Clinton und Lewinsky als "unwesentlich für die Kernfragen des Verfahrens"<sup>3</sup> zurück. Die Klage von Paula Jones wurde im April 1998 endgültig als unbegründet abgewiesen.

Clintons Anwälte versuchten, das "executive privilege", das Recht auf Aussageverweigerung, für Clinton engste Mitarbeiter durchzusetzen. Dies wurde im Juni 1998 gerichtlich abgelehnt. Ende Juli 1998 willigte Monica Lewinsky ein, mit Kenneth Starr zusammenzuarbeiten und erhielt im Gegenzug Straffreiheit zugesagt. Präsident Clinton erklärte sich ebenfalls zur Aussage per Videoübertragung aus dem Weißen Haus bereit. Diese Aussage fand am 17. August 1998 statt. Darin und in einer anschließenden öffentlichen Ansprache gestand er eine "unangebrachte Beziehung" ("*improper relationship*") mit Monica Lewinsky ein, bestritt aber, im rechtlichen Sinne einen Meineid begangen zu haben. Er bat die Öffentlichkeit und seine Familie um Entschuldigung. Er erklärte, die Affäre berühre vor allem sein Privatleben, in das sich Starr in unzulässiger Weise eingemischt habe.

Im September übergab Kenneth Starr seinen Bericht an das Repräsentantenhaus. Er listete darin 11 Anklagepunkte für ein Impeachmentverfahren gegen Clinton auf, und zwar Meineid, Anstiftung zum Meineid, Amtsmissbrauch und Behinderung der Justiz.

## 2.4 Die öffentliche Debatte in den USA

Mit Beginn des öffentlichen Skandals setzte eine heftige öffentliche Auseinandersetzung ein, ob Clinton nun gelogen habe oder nicht. Meinungsumfragen zufolge glaubten immer weniger US-Bürgerinnen und -Bürger Clintons Aussagen in der Lewinsky-Affäre; das öffentliche Geständnis Clintons im August überraschte die US-amerikanische Öffentlichkeit also nicht. Clinton Verhalten wird zwar mehrheitlich mißbilligt. Der überwiegende Teil der Öffentlichkeit hält eine Rüge als Sanktion gegen Clinton für angemessen. Die allgemeine politische Unterstützung für Clinton blieb trotz des Skandals auf einem hohen Niveau und erreichte Werte von bis zu 70 %, Werte, die bis dahin nur Kennedy während der Kuba-Krise und Bush während der Irak-Invasion erzielt hatten. Als Grund dafür ist die günstige Wirtschaftsentwicklung und die erfolgreiche Sozialpolitik der Regierung anzusehen. Gleichzeitig wuchs der öffentliche Unmut über den "sexuellen McCarthyismus" der Starr-Kommission.

Bei den Kongreß- und Gouverneurswahlen im November 1998 mußten die Republikaner entgegen den allgemeinen Erwartungen Stimmen- und Mandatsverluste hinnehmen. Newt Gingrich, der Führer der Republikaner, erklärte daraufhin seinen Rücktritt von allen Führungspositionen seiner Partei. Nicht Clinton, sondern Gingrich war damit zum ersten Opfer des Skandals geworden.



## Karikatur: „Newt Gingrich’s Fall“

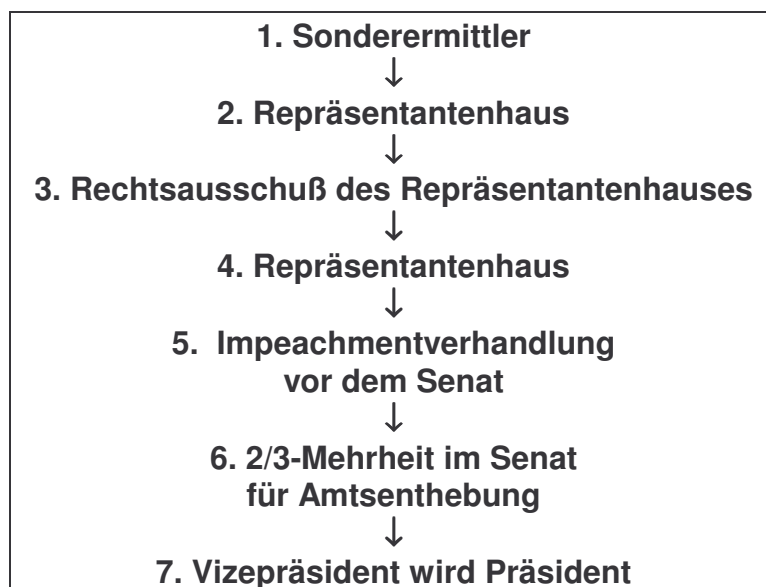


NEWSWEEK DEC. 28, 1998/ JAN. 4, 1999

## 2.5 Das Impeachment-Verfahren

Ungeachtet der öffentlichen Unterstützung für Clinton lehnte es das Repräsentantenhaus ab, den Skandal mit einer Rüge für Clinton abzuschließen und leitete noch im November das Impeachment-Verfahren gegen den Präsidenten ein.

### Das Impeachment-Verfahren



Die Verfassung der Vereinigten Staaten gibt dem Kongreß die Möglichkeit, bei "Hochverrat, Bestechung oder anderen gravierende Verbrechen und Vergehen" ("*treason, bribery or other high crimes and misdemeanors*") in einem schwurgerichtsähnliches Verfahren vor dem Senat, der als Jury fungiert, den Präsidenten, ein anderes Mitglied der Exekutive oder einen Bundesrichter seines Amtes zu entheben. Dabei handelt es sich - wie Peter Lösche betont<sup>4</sup> - nicht um einen politisch begründeten Mißtrauensantrag, sondern um ein gerichtsförmiges juristisches Verfahren.

Bisher gab es im Kongreß erst in zwei Fällen ein Impeachmentverfahren gegen einen amtierenden Präsidenten: 1867/68 gegen Andrew Johnson und 1973/74 gegen Richard Nixon.

Andrew Johnson stammte ursprünglich aus den Südstaaten, war Vizepräsident unter Abraham Lincoln und übernahm nach dessen Ermordung das Präsidentenamt. Er setzte die Politik Lincolns fort, der sehr milde Bedingungen für die Wiederaufnahme der Südstaaten in die Union formuliert hatte. Der Kongreß dagegen beschloß eine radikale politische Säuberung des besiegten Südens, den er unter strenge Militärverwaltung stellte. Johnson widersetzte sich den vom Kongreß angeordneten militärischen Maßnahmen und beharrte auf seinen verfassungsmäßigen Vollmachten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Der Kongreß leitete daraufhin das Impeachmentverfahren ein. Die entscheidende Abstimmung im Senat ergab 35:19 Stimmen für eine Amtsenthebung, eine Stimme weniger als die erforderliche 2/3-Mehrheit von 36 Stimmen. Johnson blieb im Amt.<sup>5</sup>

Richard Nixon war im November 1968 nur mit einer hauchdünnen Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden. Er pflegte einen selbstherrlichen und autokratischen Führungsstil, der bald als "*imperial presidency*" bezeichnet wurde. Er widersetzte sich dem mehrheitlich demokratischen Kongreß nicht nur durch zahlreiche Vetos, sondern auch dadurch, daß er sich weigerte, parlamentarisch beschlossene Ausgabengesetze durchzuführen, und die bewilligten Gelder

---

4 Lösche, Peter: Amerika in Perspektive. Politik und Gesellschaft der Vereinigten Staaten. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1989, 184.

5 Temperley, Howard: Regionalismus, Sklaverei, Bürgerkrieg und die Wiedereingliederung des Südens, 1815-1877, in: Adams, Willi Paul (Hg.): Die Vereinigten Staaten von Amerika (Fischer Weltgeschichte Band 30). Frankfurt a.M., 1977, 71-124, S.120. Zu dieser Zeit hatten die USA 37

einfach einfrieren ließ. 1992 setzte er alles daran, seine Wiederwahl zu sichern. Sein Wahlkampfteam und sein Stab im Weißen Haus versuchten nach Kräften, den Wahlkampf der Demokraten zu sabotieren und bedienten sich dabei auch illegaler Mittel. Im Juni 1972 überraschten Polizisten fünf Einbrecher in Büroräumen des Vorstands der Demokratischen Partei im Watergate Hotel in Washington. Sie trugen elektronisches Gerät zum Abhören von Telefonaten und Gesprächen bei sich. Die Spuren der Einbrecher führten zu ehemaligen Agenten der CIA und des FBI, die in Nixons Wahlkampfteam arbeiteten. In einer persönlich angeordneten, massiven Vertuschungsaktion konnte Nixon die Spuren der Einbrecher zunächst auf deren unmittelbare Auftraggeber begrenzen. Erst im März 1973 führten Aussagen der Angeklagten und Recherchen der Presse zu Ermittlungsfortschritten. Im Mai 1973 begann ein Senatsausschuß mit Anhörungen zum Watergate-Skandal. Im Oktober 1973 beschloß das Repräsentantenhaus die Einleitung eines Impeachmentverfahrens und eröffnete die Beratungen im Rechtsausschuß. Dieser verabschiedete erst im Juli 1974 drei Anklageartikel. Angesichts der als sicher geltenden Amtsenthebung - im Senat wurden 85:15 Stimmen dafür erwartet - trat Nixon im August 1974 vom Präsidentenamt zurück.

#### 105th Congress (1997/1998)

House (435)		Senate (100)
228	Republican	55
206	Democrat	45
1	Independent	-

#### 106th Congress (1999/2000)

House (435)		Senate (100)
223	Republican	55
211	Democrat	45
1	Independent	-

Im Falle von Monicagate billigte der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses mit seiner republikanischen Mehrheit vier Anklagepunkte gegen Clinton. Am 19.12.1998 verabschiedete

---

Bundesstaaten. Die 10 Südstaaten waren allerdings noch nicht wieder im Kongreß vertreten. Die Zahl der Senatoren, zwei pro Bundesstaat, betrug demnach 54.

dann das Plenum des Repräsentantenhauses, wiederum weitgehend entlang der Parteigrenzen, zwei Anklagepunkte, Meineid und Anstiftung zum Meineid, für ein Impeachmentverfahren vor dem Senat. Während Clinton erklärte, bis zum Ende der Wahlperiode im Amt bleiben zu wollen, forderte der Skandal ein zweites Opfer unter den Republikanern. Der designierte Nachfolger von Newt Gingrich als Sprecher des Repräsentantenhauses, der Republikaner Bob Livingstone, mußte mehrere außereheliche Beziehungen zugeben und kündigte noch während der Impeachmentdebatte im Repräsentantenhaus seinen Rückzug aus der Politik an. Sollte es bei dieser parteipolitischen Polarisierung bleiben, dürfte die für die Amtsenthebung notwendige 2/3-Mehrheit von 67 Stimmen im Senat deutlich verfehlt werden.

### 3. Analyse

Die Analyse der Clinton-Lewinsky-Affäre veranschaulicht zwei zentrale Aspekte des politischen Systems der USA: die Bedeutung der institutionellen Zählung politischer Macht und die Bedeutung der politischen Moral.

#### 3.1 "Checks and balances": Machtkampf und politische Institutionen

Die politische Kultur der USA ist zutiefst geprägt durch Mißtrauen gegenüber politischer Macht. Dieses Mißtrauen hat Wurzeln, die in die Zeit des Unabhängigkeitsstrebens der 13 amerikanischen Kolonien gegen die britische Monarchie zurückreichen. 1787 schrieb beispielsweise James Madison im "Federalist", dem zentralen Text für die Begründung der Verfassung der USA:

"Aber die wichtigste **Sicherung gegen die allmähliche Konzentration der verschiedenen Gewalten** in einem Zweig besteht darin, dafür zu sorgen, daß die Männer, welche die einzelnen Zweige verwalten, die Mittel haben, sich den Übergriffen der anderen Zweige zu widersetzen. ... Es mag ein schlechtes Licht auf die **menschliche Natur** werfen, daß solche Kniffe notwendig sein sollten, um Mißbräuche in der Regierung hintanzuhalten. Aber setzt nicht schon die Tatsache, daß Regierung überhaupt nötig ist, die

menschliche Natur in ein schlechtes Licht? Wenn die Menschen Engel wären, so bedürften sie keiner Regierung.<sup>6</sup>

Mark Silverstein<sup>7</sup> hebt daher in seiner Skandalanalyse der USA zu Recht die institutionellen Vorkehrungen gegen Machtmißbrauch hervor. Daß Politiker die politische Macht für ihren persönlichen Ehrgeiz mißbrauchen, wird im politischen System der USA bereits einkalkuliert. Umso wichtiger ist es, daß die "checks and balances", die institutionellen Vorkehrungen zur gegenseitigen Kontrolle der politischen Machtzentren, intakt bleiben.

Die Republikaner heben im Clinton-Lewinsky-Skandal genau auf diesen Punkt ab. Sie betonen immer wieder, es handele sich nicht um einen Sexskandal, sondern um die Ahndung von Meineid. Die Achtung des Gerichts, also auch die unbedingte Pflicht zur wahrheitsgemäßen Aussage unter Eid, stellen sie als Teil der "checks and balances" dar. Ein Verstoß dagegen erscheint als frontaler Angriff auf die Grundlagen des politischen Systems der USA. Diese Argumentation scheint aber inzwischen auf die Republikaner selbst zurückzuschlagen. Die Verfassung sieht das Impeachmentverfahren ausdrücklich nur für schwere Vergehen des Präsidenten vor. Im Falle von Andrew Johnson und Richard Nixon ist unbestritten, daß es um Fälle schwerwiegender politischer Konflikte ging. Im Falle Clintons jedoch geht es um einen Meineid in einer privaten Sexangelegenheit eines durch rigorose Schüffeleien in die Enge getriebenen Präsidenten. Deswegen ein Amtsenthebungsverfahren anzustrengen, erscheint als völlig überzogen. Das Impeachment scheint vielmehr auf die Republikaner selbst zurückzuschlagen, die ihrerseits ihre parlamentarische Mehrheit gegen einen demokratisch legitimierten und in Meinungsumfragen weiterhin mehrheitlich von der Öffentlichkeit getragenen Präsidenten zu mißbrauchen scheinen.

Dies zeigt auch, daß die Position des US-Präsidenten im politischen System der USA gar nicht so stark ist, wie es in der Öffentlichkeit oft scheint. Seine große Macht beruht kaum auf seinen institutionellen Kompetenzen, da diese ihm durch das System der "checks and balances" vielfach beschnitten sind. Er kann sich auch nicht auf eine parlamentarische Mehrheit

---

6 James Madison: "The Federalist", Artikel 15, 1787 (zit. nach "Das politische System der USA", in: Informationen zur Politischen Bildung 199, Bonn, 1989, S.9).

stützen, wie beispielsweise der britische Premierminister, der japanische Ministerpräsident oder der deutsche Bundeskanzler. Er befindet sich nicht selten in einer Situation, die sich am besten mit dem französischen Wort der "*cohabitation*" bezeichnen läßt, also eine Situation, in der sich seine eigene Partei im Kongreß in der Minderheit befindet. Die Macht des amerikanischen Präsidenten beruht vielmehr auf seinem öffentlichen Ansehen, auf seiner Rolle als Verkörperung der amerikanischen Nation und seiner Funktion als "Kommunikator" in der Mediendemokratie der USA. Wenn sich Clinton gegen die Republikaner behaupten kann, dann deswegen, weil er diese beiden Funktionen erfüllt. Daher ist es wichtig, daß er die Nation unter der amerikanischen Flagge eint, wenn er die Feinde der USA bombardieren läßt, und daher ist es wichtig, daß er immer wieder durch Fernsehansprachen die Öffentlichkeit der USA direkt anspricht.

### **3.2 Legitimation und politische Moral**

Die Republikaner haben ihre Wahlsiege nicht zuletzt dadurch gewonnen, daß sie es geschafft haben, die moralische Mehrheit anzusprechen. In ihren Wahlkämpfen, aber auch in ihrer "conservative revolution" setzen sie ganz bewußt auf die Mobilisierung konservativer Wertvorstellungen. Dies brachte ihnen die Unterstützung der christlich-konservativer Gruppen, die wesentlich zu ihren Wahlerfolgen beitrugen. Präsident Clinton mit seinen liberalen Ansichten, seiner 68er Vergangenheit und seiner selbstbewußten Frau muß daher geradezu als moralische Provokation erscheinen.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß den Newt Gingrich und anderen Führern der Republikaner weniger an der Aufdeckung dubioser Parteispenden oder unklarer Immobiliengeschäfte des Präsidenten gelegen war, sondern ihnen ein Fall wie die Lewinsky-Affäre besser geeignet erschien, um daraus einen Skandal zu machen. Daß dies nicht so weit hergeholt ist, wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag, belegt ein Artikel des Times vom 11.5.1998. In diesem Artikel wird berichtet, daß James Dobson, einer der wichtigsten Repräsentanten christlich-konservativer Gruppen, Anfang 1998 damit gedroht hatte, die Republikanische Partei zu verlassen. Die republikanischen Strategen mußten daher um ihre parlamentarische Mehrheit

---

<sup>7</sup> Silverstein, Mark: Watergate und Irangate. Von der Unausweichlichkeit politischer Skandale in den

bei den Kongreßwahlen im November fürchten. In dem Artikel im Time Magazine heißt es weiter, daß dies Newt Gringrich bewogen habe, bezüglich christlich-konservativer Themen aktiver zu werden. Er habe beschlossen, die Clinton-Lewinsky-Affäre in den Mittelpunkt der Mobilisierung dieser Wählerschichten zu stellen. Entgegen späterer Beteuerungen der republikanischen Abgeordneten ging es also anfangs gar nicht so sehr um Meineid.

Die Kampagne der Republikaner gegen Clintons Sexualmoral erwies sich aber letztlich als kontraproduktiv. Die den konservativen Wählerschichten der Republikaner mögen den Ehebruch als skandalös empfinden, was Bob Livingstone unlängst selbst erleben mußte. Bei den liberaleren Wählern Clinton dagegen führt eher eine sexuelle Belästigung als Verstoß gegen "political correctness" zu einem Skandal. Doch gerade dies konnte Clinton glaubhaft abstreiten. Die anhaltenden Ermittlungen über das Sexualleben des Präsidenten und die Veröffentlichung entsprechender Details im Starr-Report erscheinen der US-Öffentlichkeit aber ihrerseits skandalös, weil sie den Respekt vor der Privatsphäre verletzen und als moralische Schnüffelei und Überwachung des Privatlebens erscheinen. Die hohe politische Unterstützung für den Präsidenten scheint nicht zuletzt diesen Unmut auszudrücken. Der Meineid Clintons erscheint dagegen als letztlich verzeihliche Verteidigung seiner Privatsphäre.

#### **4. Fazit: Vom Clinton-Skandal zum Skandal der Republikaner**

Die Warnung scheint sich zu bestätigen, daß ein Skandal kann auf die Skandalisierer zurück schlagen kann. Die Republikaner haben offensichtlich den Bogen überspannt. Der Clinton-Skandal ist im Grunde seit dem öffentlichen Geständnis Clintons im August 1998 beendet. Aus dem Clinton-Lewinsky-Skandal droht ein Skandal der Republikaner zu werden, die den Präsidenten ungeachtet dessen öffentlicher Unterstützung einem Amtsenthebungsverfahren unterwerfen, das gegenüber den beiden anderen historischen Präzedenzfällen geradezu lächerlich erscheinen muß. Die Republikaner haben nicht nur zwei ihrer wichtigsten Führer verloren, sondern sowohl bei ihren konservativen Wählern, als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit an Ansehen eingebüßt. Mir scheint es daher am wahrscheinlichsten, daß die Republikaner weiteren Schaden zu begrenzen suchen und - möglicherweise durch die Vermittlung von *elder*

*statesmen* - einen parteiübergreifenden Kompromiß suchen, der den Verzicht auf das Impeachment-Verfahren vor dem Senat beinhaltet.

Nicht Präsident Clinton, sondern die Republikaner und die christlich-konservativen Gruppen sind die eigentlichen Verlierer von Monicagate.

**Presidential Elections  
November 1992**

Clinton / Gore DEM	43,0 %
Bush / Quayle REP	37,4 %

**November 1996**

Clinton / Gore DEM	49,2 %
Dole / Kemp REP	40,8 %